

Soziale Innovationen zwischen Autonomieansprüchen, Koexistenz und Vereinnahmung

Vertreter/innen von Projekten, lokaler Politik und Verwaltung diskutierten Erfahrungen des Miteinanders und der Arbeitsteilung in Berlin

Von Benjamin Ewert und Adalbert Evers

„Engagement“ und „Innovation“ sind zentrale Stichwörter, wenn es um die Bedingungen gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Zukunft geht. Der Begriff Engagement meint dabei engagiert tätig sein im weitesten Sinne, sei es im Beruf oder durch freiwillige Mitarbeit. Der Begriff „Innovation“ zielt vor allem auf soziale Praktiken ab, die traditionelle Routinen aufbrechen und zu neuen Angeboten und Diensten führen können. Auf der lokalen Ebene, in Stadtteilen, Quartieren und Nachbarschaften, testen sozial-innovative Projekte gewissermaßen „im Kleinen“ alternative Ansätze für ein gelingendes Zusammenleben und gegenseitige Unterstützung, bevor diese – idealerweise – „im Großen“ an Bedeutung gewinnen.

Anknüpfend an diese Sicht auf soziale Innovationen als Beitrag zu gesellschaftlichem Wandel, veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern des EU-Projekts „Welfare innovation at the local level in favour of cohesion“ (www.wilcoproject.eu) einen Workshop in Berlin. Unter der Überschrift „Bürgergesellschaft stärken, innovatives Engagement fördern: Wie ziehen Politik, Verwaltung und Projektszene an einem Strang?“ wurden im Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. sechs sozial-innovative Projekte und Ansätze aus dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg vorgestellt und mit Vertreter/innen der lokalen Politik und Verwaltung diskutiert. Allen Teilnehmer/innen, ausnahmslos Fürsprecher einer Politik des Engagierens, ging es um die Förderung von Kooperation und sozialen Netzen innerhalb einer aktiven Zivilgesellschaft. Den Anfang für den Bereich „Familie, Jugend und Arbeit“ machte das *interkulturelle Familienzentrum Kreuzberg*, ein Knotenpunkt für verschiedenste Angebote – vom Familiencafé bis zur (muttersprachlichen) Beratung – für Kinder und Eltern im Kiez. Die *Stadtteilmütter*, die ein Projekt des Diakonischen Werks Berlin Stadtmitte e.V. sind, begleiten spezifisch v.a. migrantische Familien im Alltag. Stadtteilmütter leisten als Brückenbauerinnen und Mentorinnen informelle Unterstützung etwa bei Behördengängen oder der Schulwahl. Die *Jobentdecker Friedrichshain-Kreuzberg* wiederum bringen Fragen von Wirtschaft, Arbeit und Lebensperspektive zusammen. Ziel des auch von der bezirklichen Wirtschaftsförderung unterstützten Projektes ist es, Schüler/innen und lokale Unternehmen frühzeitig zu vernetzen und so neue Wege in der Berufsorientierung zu gehen. Den zweiten Teil des Workshops bestritten Projekte und Ansätze zur „Kreativwirtschaft und Stadtteilentwicklung“. *Prinzessinnengärten e.V.* steht hierbei für ökologischen Landbau in der Stadt. Als Mitmach-Projekt kultivieren die Prinzessinnengärten darüber hinaus neue Formen der sozialen Begegnung und des gemeinsamen Lernens. Einen spezifischeren Zuschnitt hat die *LOK.a.Motion GmbH*: die „Jobmotoren“ begleiten und schulen Kiezbewohner/innen auf dem Weg in die berufliche Selbständigkeit. Das *Quartiersmanagement*, vorgestellt am Beispiel des Wrangelkiezes in Kreuzberg, liegt quer zu den genannten Projekten. Das durch die Bezirksverwaltungen initiierte QM setzt auf integrative, ressortübergreifende Verwaltungszusammenarbeit und die Stärkung wohnortnaher Unterstützungs- und Beteiligungsstrukturen.

Bemerkenswert an den sechs Präsentationen war, in welchen unterschiedlichen Perspektiven soziale Innovation gedacht werden kann. Während etwa das sehr erfolgreich nachgefragte Projekt „Stadtteilmütter“ bestehende sozialstaatliche Leistungsangebote um einen spezifischen Aspekt, nämlich zielgruppengenaue Dienste und Beratungsangebote, ergänzen möchte – und dafür – nicht zuletzt auch als beruflich qualifizierende Initiative – Anerkennung durch Politik und Verwaltung erhalten möchte, geht es bei den „Prinzessinnengärten“ um Orte für experimentelle Formen urbanen Lebens. Die Betreiber zielen weniger darauf ab, Teil der (sozial-)staatlichen Infrastruktur zu werden, sondern praktizieren die Aneignung und Selbstgestaltung öffentlicher Räume und reklamieren die langfristige Sicherung städtischer „Frei-Räume“ für kreatives kollektives Handeln.

Im Mittelpunkt der Workshop-Diskussion stand die Frage, wie sich sozial-innovative Ansätze etablieren und verbreiten können. Im Sprachgebrauch der EU formuliert: Ist ein „upscaling“ und „mainstreaming“ erfolgreicher Projekte möglich? Selbst wenn Verwaltung und Politik nichts tun, kann es sein, dass innovative Ansätze einfach kulturell so attraktiv sind, dass sie trotzdem wachsen und an Bedeutung gewinnen. Gezielte Förderprogramme können einen Fortschritt darstellen – vor allem dann, wenn sie vom Interesse der Politik und Verwaltung zeugen, sich Erfahrungen und Praktiken der Innovator/innen zu Eigen zu machen, also von und mit ihnen Umdenken zu lernen. Das Gegenteil ist jedoch dann der Fall, wenn Verwaltungen von Aufmerksamkeitsgebern zu reinen Finanzgebern mutieren, sich also nicht weiter für die Inhalte der geförderten Projekte interessieren. Förderprogramme können nämlich auch bedeuten, Innovationen dem Verwaltungsalltag anzuverwandeln, so dass der Preis der Förderung, der Verlust an Autonomie, innovativer Kraft und Perspektive ist. Die Wirklichkeit, das wurde deutlich, liegt oft irgendwo dazwischen. Beide Seiten arrangieren sich in einer Art von Koexistenz, bei der die geförderten Projekte zwar „im Kleinen“ anders agieren und wirksam bleiben, aber oft gerade wegen ihrer Abhängigkeit von Fördermitteln kaum mehr die Praktiken „im Großen“ in Frage stellen oder zu beeinflussen vermögen. Wenn hier Stillstand eintritt, wird aus „Innovation“ nur selten auch „Reform“, so wie etwa bei den Familienzentren, wo ein innovativer Ansatz der Unterstützung und Förderung von Familien sowohl im Jugendamt des Bezirks als auch in den Angeboten vor Ort gegriffen hat.

Der Workshop endete mit der Frage nach den Grenzen für Erneuerung und sozialen Wandel im urbanen Raum. Gleich mehrere mögliche „Stolpersteine“ wurden von den Teilnehmer/innen ermittelt: unangetastete Machtfragen in der lokalen (Sozial-)Politik, unhinterfragte Handlungsroutinen und nicht zuletzt die enorme Resistenz von Verwaltungsbürokratien gegenüber Impulsen von außen. Potentielle „Gelingfaktoren“ wie Neugier und Lernbereitschaft bei Entscheidern und Fachverwaltungen gegenüber innovativen Projekten, d.h. eine Haltung auf Seiten der lokalen Politik und Verwaltung, die über eine Mischung von Indifferenz und Koexistenz hinausgeht, sind leider nicht gerade der Normalfall. Die Macher der „Prinzessinnengärten“ setzen vor diesem Hintergrund stärker auf unternehmerische Initiative. Wie ihr Vertreter darlegte, sei es für sie leichter, die Expertise eines „urban gardener“ aus New York einzuholen als einen Arbeitskontakt zum Berliner Grünflächenamt herzustellen. Für Projekte wie die Stadtteilmütter führt allerdings wohl kein Weg an den lokalen Ämtern vorbei.